

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1 Mark, bei Selbstabholung 90 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.10 Mk., bei Selbstabholung 1 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mk., für 1 Monat 1 Mk. (Postgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 13003.

Inserate kosten die 7gespaltene Zeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Plagvordruck 25 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beliegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Laufend. bei Zellaufgabe 5.— Mk. — Schluß der Annahme von Inseraten für die 60tägige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Ein neues Königreich Polen.

Liebhechts Revision verworfen. — Das deutsche Unterseeboot U 20 gestrandet. — Eine stark ausgebaute Stellung an der rumänischen Front erstürmt.

Jahrestage des Weltkriegs.

6. November 1915. Die Russen aus den eroberten Stellungen am Swentensee wieder herausgeworfen. — Nordwestlich Satorysk russische Angriffe abgeschlagen. — In Kraljewa 180 Geflügel erbeutet; deutsche Truppen vor Krusewatsch; 2000 Serben gefangen.

Die neuesten Meldungen.

Die neue Stellung Galiziens.

Wien, 6. November. Ueber die neue Stellung Galiziens wird der Zeit von unterrichteter Seite mitgeteilt: Die Neugestaltung wird sich im Rahmen Oesterreichs vollziehen, soweit es dieser Rahmen zuläßt, so daß dem Lande das Recht eingeräumt wird, seine wirtschaftliche, kulturelle und finanzielle Lage selbst zu gestalten. Es ist zu erwarten, daß in kürzester Zeit der Rahmen, in dem diese Neugestaltung vor sich gehen soll, geschaffen sein wird. Die praktische Durchführung wird natürlich eine beträchtliche Zeit erfordern. Wie die oberste Exekutivgewalt in Galizien organisiert werden soll, ein Statthalter in der Stellung des Banns oder ein eigenes Ministerium, ist eine Frage, deren Entscheidung der Zukunft vorbehalten bleibt. (Frankf. Ztg.)

U 53 und Deutschland.

Kopenhagen, 6. November. Nach Londoner Telegrammen aus Neungorff erklärte Kapitän König: Das Unterseeboot U 53 habe den Zweck gehabt, die britischen Kreuzer zu versenken, wenn sie einen Angriff auf das Handelsunterseeboot versuchten. Da U 53 aber weder die Bremen noch die englischen Kreuzer versenkt, habe es alle englischen Dampfer mit Kriegsmaterial versenkt, die es angetroffen habe. Kapitän König sagte weiter, es würden sich bald interessante Ereignisse an der amerikanischen Küste abspielen. Diese Erklärung steht in Uebereinstimmung mit Nachrichten, die von anderer Seite hierüber eingegangen seien. (Berl. Volksanz.)

Der Austausch des Sanitätspersonals.

Konstanz, 6. November. Wolffs Bureau teilt mit: Durch die Presse ging dieser Tage die Nachricht, daß der Austausch des in Frankreich internierten Sanitätspersonals beendet sei. Andererseits wurde Klage darüber geführt, daß einzelnen zum deutschen Sanitätspersonal gehörigen Militärpersonen die Rückkehr nicht gestattet worden ist. Wir erfahren, daß der Austausch nicht beendet ist, sondern fortgesetzt wird, und daß voraussichtlich alle noch in Frankreich befindlichen Sanitätsmannschaften in absehbarer Zeit zum Austausch kommen und in die Heimat zurückkehren werden.

Schneestürme an der Kaukasusfront.

Konstantinopel, 5. November. Amtlicher Seeresbericht vom 5. November. An der Kaukasusfront dauern heftige Schneestürme und Regenstürme an.
Der Stellvertretende Oberbefehlshaber.

Erdbeben in Rußland.

Petersburg, 4. November. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Ein sehr heftiges Erdbeben, dessen Epizentrum nach Ost gingen, hat in Edschnabad in stattgefunden. Die Bevölkerung fürzte, von Schrecken ergriffen, auf die Straße. Viele Häuser sind beschädigt, einige eingestürzt. Die Kathedrale hat Risse in der Südwand. Aus allen Dörfern werden schwere Schäden gemeldet.

Die deutschen und die österreichischen Tagesberichte vom 4. und 5. November befinden sich auf der 3. Seite.

Der heutige deutsche Tagesbericht liegt bei Abschluß der Nummer noch nicht vor.

Ein Königreich Polen.

Manifest des Generalgouverneurs.

Berlin, 5. November. Amtlich. Folgendes Manifest wird heute durch den kaiserlichen Gouverneur in Warschau, General der Infanterie v. Beseler, verkündet:

An die Bewohner des Generalgouvernements Warschau!

Seine Majestät der Deutsche Kaiser und Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich und Apostolischer König von Ungarn, getragen von dem festen Vertrauen auf den endgültigen Sieg ihrer Waffen und von dem Wunsche geleitet, die von ihren tapferen Heeren mit schweren Opfern der russischen Herrschaft entrissenen polnischen Gebiete einer glücklichen Zukunft entgegenzuführen, sind dahin übereingekommen, aus diesen Gebieten einen selbständigen Staat mit erblicher Monarchie und konstitutioneller Verfassung zu bilden. Die genauere Bestimmung der Grenzen des Königreichs Polen bleibt vorbehalten. Das neue Königreich wird im Anschluß an die beiden verbündeten Mächte die Pflichten des Bundes, deren es zur freien Entfaltung seiner Kräfte bedarf. In einer eigenen Armee sollen die ruhmvollen Ueberlieferungen der polnischen Seeer früherer Zeiten und die Erinnerungen an die tapferen polnischen Krieger in dem großen Kriege der Gegenwart fortleben. Ihre Organisation, Ausbildung und Führung wird in gemeinsamem Einvernehmen geregelt werden.

Die verbündeten Monarchen geben sich der zuversichtlichen Hoffnung hin, daß sich die Wünsche nach staatlicher und nationaler Entwicklung des Königreichs Polen nunmehr unter gebotener Rücksichtnahme auf die allgemeinen politischen Verhältnisse Europas und auf die Wohlfahrt und Sicherheit ihrer eigenen Länder und Völker erfüllen werden. Die großen westlichen Nachbarmächte des Königreichs Polen aber werden an ihrer Olgrenze einen freien, glücklichen und seines nationalen Lebens frohen Staat mit Freunden neu erblicken und anerkennen sehen.

Auf Allerhöchsten Befehl Seiner Majestät des Deutschen Kaisers.
Der Generalgouverneur.

Ein Manifest für Galizien.

Wien, 4. November. (W. Z. V.) Die morgige Wiener Zeitung veröffentlicht nachstehendes Allerhöchstes Handschreiben:

Lieber Dr. von Koerber!

Im Sinne der von Mir mit Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser getroffenen Vereinbarungen wird aus den von unsern tapferen Heeren der russischen Herrschaft entrissenen polnischen Gebieten ein selbständiger Staat mit erblicher Monarchie und konstitutioneller Verfassung gebildet werden. Bei diesem Anlaß gedenke Ich bewegten Herzens vieler Beweise der Hingebung und Treue, die Ich im Laufe Meiner Regierung seitens des Landes Galizien erfahren habe, sowie der großen und schweren Opfer, die dieses Land im gegenwärtigen Kriege, dem heftigen feindlichen Anprall ausgesetzt, im Interesse der siegreichen Verteidigung der östlichen Reichsgrenzen zu bringen hatte und die ihm den dauernden Anspruch auf Meine wärmste väterliche Fürsorge sichern. Es ist daher Mein Wille, in dem Augenblicke, in welchem der neue Staat zur Entstehung gelangt, Hand in Hand mit dieser Entwicklung auch dem Lande Galizien das Recht zu verleihen, seine Landesangelegenheiten bis zum vollen Maße dessen, was mit seiner Zugehörigkeit zur staatlichen Gesamtheit und mit deren Seheben im Einklange steht, selbständig zu ordnen und damit der Bevölkerung Galiziens die Gewähr ihrer nationalen und wirtschaftlichen Entfaltung zu bieten. Indem Ich Ihnen diese Meine Absicht kundtue, beauftrage Ich Sie, zu ihrer geschäftigen Verwirklichung geeignete Vorschläge auszuarbeiten und Mir vorzulegen.

Das Manifest der beiden verbündeten Mittelmächte ist ein wichtiges historisches Dokument. Ob es auch eine historische Tat bedeuten wird, das kann erst der Ausgang des Weltkriegs bestimmen. Der Friedensvertrag wird das Schicksal Polens endgültig festlegen können. Die Mittelmächte haben jetzt ein Kriegsjahr festgelegt. Sie haben damit dem bislang von Rußland beherrschten Teil des polnischen Volkes die Aussicht auf staatliche Selbständigkeit eröffnet. Die Befreiung Polens ist eine alte Forderung der Sozialdemokratie. Die Schwächung des russischen Jarentums ist im Interesse

der Freiheit Europas von den Vorkämpfern der Sozialdemokratie schon beim Entstehen unserer Partei als Ziel aufgestellt worden. Seitdem haben sich die Verhältnisse freilich sehr geändert. Die mit Riesenschritten vorwärtsgewogene innere Entwicklung Rußlands schuf ein revolutionäres Proletariat, das die Grundlagen des zaristischen Absolutismus allmählich unterwühlt. Der Krieg gegen Rußland, den Marx und Engels jahrzehntlang als eine der ersten Aufgaben der europäischen Demokratie und des europäischen Proletariats gepredigt haben, ist heute ein konterrevolutionäres Ereignis geworden, indem es die revolutionären Kräfte im Innern Rußlands bindet, die internationale Bestimmung der langsam zum Klassenbewußtsein erwachenden russischen Proletarier erschüttert und sie, wie die Geschehnisse in Rußland zeigen, wenigstens zum Teil den Verführungen der Nationalisten zugänglich macht und zur Unterstützung der zarischen Regierung bewegt. Deshalb kann die Sozialdemokratie heute den alten Schlachtruf „Wider den Zarismus!“ nicht mehr uneingeschränkt in demselben Sinne, wie er vor Jahrzehnten galt, verstehen. Und deshalb hat auch die Befreiung Polens vom russischen Joch heute für uns nicht mehr die große, europäische Bedeutung wie ehemals. Die Arbeiterklasse steht heute die polnische Frage als ein vorwiegend polnisches Problem, dessen Lösung die Polen selbst vor allem angeht. Aus dem demokratischen Grundsatze des Selbstbestimmungsrechts der Völker ergibt sich dann, daß wir den Polen das Recht auf selbständige staatliche Existenz zugestehen, daß wir die Entscheidung über die Einrichtung ihres Staatswesens ihnen selbst zuerkennen müssen. Die Entfesselung eines europäischen Krieges um der staatlichen Selbständigkeit Polens willen könnte deswegen freilich nicht gebilligt werden, aber wenn ein einmal ausgebrochener Krieg die Möglichkeit bietet, Polen seine lange vorenthaltenen Rechte zu geben, so können wir das natürlich begrüßen. Selbstverständlich ist, daß die Sozialdemokratie ein Polen auf demokratischer Grundlage fordert.

Inwieweit die Polen diesem Ziel durch die Proklamierung der Mittelmächte näher kommen, läßt sich heute noch nicht erkennen. Das Manifest läßt viele Fragen vorerst unbeantwortet, schiebt ihre Lösung hinaus. Boreerst wird nur ein Bild des künftigen Polens in sehr allgemein gehaltenen, unbestimmten Strichen entworfen. Was daraus werden kann, das wird erst die Zeit ergeben. Wir sehen Ansätze für Entwicklungen vor uns, Fragen und Probleme. Was wir alles zu sagen und zu fragen hätten, das müssen wir heute noch zurückstellen. Nur eine freie Presse könnte das wichtige und bedeutende Thema fruchtbar und tiefer eindringend behandeln.

Wir müssen uns daher jetzt im wesentlichen damit begnügen, unseren grundsätzlichen Standpunkt zu der Frage darzulegen, wie oben geschehen und eine knappe Uebersicht über die Meinungen der Presse zu geben.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung,

das Regierungsblatt, feiert die „geschichtliche Entscheidung“ und fährt fort:

Hundert Jahre sind vergangen, seitdem die europäischen Mächte im Wiener Kongreß den Hauptkörper Polens aus dem westlichen Kulturkreis herausgenommen und Rußlands Händen anvertraut hatten. Nicht die „Vejährer der kleinen Nationen“ sind es, die jetzt dieses Land seiner nationalen Entwicklung zurückgeben, sondern die beiden Mächte, gegen die förmlich im Namen der kleinen Nationen der Gah der ganzen Welt aufgerufen worden ist. Die Westmächte haben Polen mancherlei platonische Sympathien bezeugt. Gar manches zu seiner Zeit verpflichtende „Vive la Pologne“ erklang aus dem Westen. Jedensmal, wenn sich die Polen im Vertrauen auf Hilfe aus London und Paris in den Kampf um ihre Unabhängigkeit begaben, zeigte es sich, daß sie auf leere Worte gebaut hatten. Von dieser Seite konnte ihnen die Freiheit nicht kommen. Wären heute die Entscheidungen anders gefallen, wären im Osten die russischen Waffen siegreich, so hätte wiederum für hunderte Jahre ohne Einspruch der Westmächte die Bevölkerung Rußlands ihre Ketten von Verpöschung zu Verpöschung geschleppt.

Die Befreiung Polens ist mit dem Siege Deutschlands und seiner Verbündeten verknüpft. Nur sie, nicht Rußland und nicht die Westmächte, haben an dem Bestand eines freien Polens ein eigenes Lebensinteresse. Die Erkenntnis dieses Interesses, zu der die Entwicklung Europas im 20. Jahrhundert drängt, ist — wir wissen es wohl — noch nicht überall in Deutschland durchgedrungen. Und es